

Bundesregierung und Bundesländer haben sich am 10. August 2021 auf das weitere Vorgehen in der Corona-Pandemie [verständigt](#) und damit die Impf-Apartheid manifestiert. Es ist davon auszugehen, dass rund 30 Prozent der Bevölkerung die Anti-Corona-Injektion ablehnen. Die Skepsis derjenigen, die sich noch nicht dafür oder dagegen entschieden haben, wächst.

Der Druck auf Ungeimpfte soll steigen, [sagt](#) Ministerpräsident Markus Söder im Gespräch mit den Tagesthemen: „Wer auf Dauer wirklich Normalität wieder will, der muss sich impfen lassen.“ Es gehe nicht um die Nachteile von Ungeimpften, sondern um die „Wiederherstellung der Rechte von Geimpften“. Söder rechnet schon bald mit einer 2G-Regelung. Er machte deutlich, dass eine Debatte über Zugänge nur für Geimpfte und Genesene (2G) wohl bald folgen dürfte.

Zunächst soll laut Kabinettsbeschluss spätestens ab 23. August grundsätzlich gelten: Nur Geimpfte, Genesene oder negativ Getestete haben Zutritt. Das soll in Kliniken, Pflegeheimen, Fitnessstudios, Schwimmbädern, Friseuren, Hotels und in Innenräumen etwa in Restaurants oder bei Veranstaltungen der Fall sein. (3G-Regel) Der Test darf nicht älter als 24 Stunden (Antigen-Test) oder 48 Stunden (PCR) sein. Die Kosten für die Tests haben ab 13. Oktober die Bürger zu tragen. Ausgenommen von der Regel sind Kinder bis sechs Jahren und Schüler, da an Schulen sowieso weiter regelmäßig getestet werden sollen. Die 3G-Regel kann ausgesetzt werden, wenn die Sieben-Tage-Inzidenz in einem Kreis „stabil“ unter 35 liegt.

Über die Impf-Apartheid in den Totalitarismus

Es gibt keinerlei berechtigte Grundlage für die Ausgrenzung von gesunden, ungeimpften Menschen. Länder mit hoher Impfquote, wie zum Beispiel Israel, zeigen, dass eine Anti-Corona-Impfung nicht vor einer Infektion mit Coronaviren schützt. Trotz Impfung haben sich über 60% der Menschen, die doppelt geimpft sind, mit Coronaviren infiziert. Politiker handeln verantwortungslos, wenn sie Schutz versprechen, obwohl sie wissen, dass die Impfstoffhersteller lediglich einen milderen Verlauf der Krankheit in Aussicht gestellt haben. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, was ihnen aus ihrer politischen Sicht nicht gefällt. Dies gilt zum Beispiel auch für die Ende Juli veröffentlichte Studie der US-Gesundheitsbehörde CDC, die feststellt, dass die Viruslast im Rachenraum von Geimpften nahezu genau so hoch ist, wie bei Ungeimpften.

Dennoch richtet die Bundesregierung einen eindringlichen Appell an die Bevölkerung, „schnellstmöglich die bestehenden Impfangebote“ wahrzunehmen. Arbeitgeber werden aufgerufen, ihre Beschäftigten dabei zu unterstützen, etwa durch Impfangebote über Betriebsärzte und Freistellungen für Impftermine.



Storchmann Medien

„Warum Dänemark öffnet und Deutschland schließt – und wie die Bundesregierung das (nicht) erklärt.“

Hier der Artikel zum Video:

<https://reitschuster.de/post/niemand-hat-die-absicht-eine-impfpflicht-zu-errichten/comment-page-2/>

Der Druck auf die Bevölkerung wächst. „Wer auf Dauer wirklich Normalität wieder will, der muss sich impfen lassen“, sagt Söder. Es gehe nicht um die Nachteile von Ungeimpften, sondern um die „Wiederherstellung der Rechte von Geimpften“.

Die Gewährung von Grundrechten nach Gruppenzugehörigkeit ist ein entscheidendes Merkmal der Apartheid und kennzeichnet totalitäre, faschistische Staaten. Die Abkehr vom Grundgesetz und den darin festgelegten Menschenrechten ist durch diesen Schritt der Regierung zur Impf-Apartheid vollzogen.

Warnung vor einer Apartheid Diskussion

Der stellvertretende Ministerpräsident in Bayern, Hubert Aiwanger (Freie Wähler), [warnte](#) vor einer „Apartheid Diskussion“ als Folge eines politischen Drucks auf Menschen, die sich nicht gegen das Coronavirus impfen lassen. Der AfD-Abgeordnete Andreas Winhart nahm am 22. Juli im Bayerischen Landtag auf die Warnung Aiwangers Bezug:

Andreas Winhart forderte: „Eine drohende Impf-Apartheid MUSS diskutiert werden!“

Das Grundgesetz kenne keine Unterscheidung zwischen „Geimpft“ und „Ungeimpft“, sagte Andreas Winhart. Der Druck auf neutrale Institutionen unseres Landes sei nach Meinung der AfD zu unterlassen. Winhart nahm in seiner Landtagsrede „Bezug auf die zunehmende Impf-Spaltung unserer Gesellschaft“.

Die Furcht vor einer starken Opposition gegen die Regierungsparteien und die Grünen treibt auch den CSU-Generalsekretär Markus Blume voran. „Ein Vergleich von Corona-Impfungen und Rassentrennung ist inakzeptabel. Solche Worte sind für einen stellvertretenden Ministerpräsidenten unpassend“, [twitterte](#) Blume.

Apartheid - ein politisches System der Trennung der Gesellschaft

Das Wort „Apartheid“ stammt aus dem Niederländischen (Afrikaans) und bedeutet übersetzt „Trennung“. Verwendet wird die Bezeichnung in der Regel für das politische System der Rassentrennung in Südafrika in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die Apartheid sicherte Menschen mit weißer Hautfarbe die Vorherrschaft über alle anderen Rassen (Schwarze, Mischlinge und Asiaten). Weiße hatten uneingeschränktes Wahlrecht und Zugang zu politischen Ämtern, in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln gab es abgegrenzte Bereiche für Weiße und für Nicht-Weiße. Den Farbigen wurden verschiedene Wohngebiete zugewiesen. Kinder mit dunklerer Hautfarbe durften nicht in die gleichen Schulen gehen wie weiße Kinder. 1973 wurde die Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geächtet.

Apartheid ist ein Herrschaftsmittel, mit dem sich eine Gruppe von Menschen die

Herrschaft über andere Menschen erzwingt. Sie ist Teil eines politischen Systems und zieht zwangsläufig den Kampf gegen Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit nach sich. Wer keinen Bürgerkrieg provozieren will, wird die Finger von einer Apartheid lassen.

Zurzeit spielen Politiker und Medien mit dem sozialen Feuer. Sie bestrafen „Ungeimpfte“, indem sie ihnen Grundrechte vorenthalten und begünstigen „Geimpfte“, obwohl die sogenannte Schutzimpfung weder den, der seine Injektion empfangen hat, schützt, noch eine Ansteckung anderer Menschen verhindern kann. Die politischen Maßnahmen sind nicht mit einem Schutz der Gesundheit in Einklang zu bringen.

Die Impf-Apartheid läuft auf eine Unterteilung der Gesellschaft in „wertes“ und „unwertes Leben“ hinaus, wobei nicht die Gesundheit, sondern der Gehorsam gegenüber dem Staat über die Zuteilung von Menschenrechten entscheidet. Bis zur Verfolgung von „Sozialschädlingen“ oder „Volksschädlingen“ ist es nicht mehr weit. Dieses faschistoide Gedankengut findet man in allen Parteien, auch in der FDP, die von sich behauptet, ihre Werte, ihr Leitbild und ihr Grundsatzprogramm seien liberal geprägt.

<https://twitter.com/vonGammCom/status/1424256473895424002>

Der 1. FC Köln wendet die 2G-Regel an

Die Bundesregierung setzt ihren Weg zur Impf-Apartheid unbeirrt von Einwänden bekannter Wissenschaftler, Ärzte und anderer Fachleute fort. Sie wird dabei von den Medien, der „vierten Gewalt“, unterstützt.

Die Impf-Apartheid wird in Deutschland von nahezu allen großen Medien, die Bildzeitung ausgenommen, unterstützt, unter anderem auch von der ehemals liberalen Süddeutschen Zeitung (SZ). Sie [fordert](#): „Die Mehrheit darf nicht darunter leiden, wenn eine Minderheit zu träge ist, sich mit dem Thema Impfung zu beschäftigen. Insofern handeln Gastwirte und Veranstalter richtig, wenn sie nur noch Geimpfte einlassen.“

Die Gehirnwäsche der Medien zeigt Wirkung. So lässt zum Beispiel der [1. FC Köln](#) als erster Verein in der Bundesliga ab dem zweiten Heimspiel lediglich Geimpfte und Genesene sowie jene Personen, die sich nicht impfen lassen dürfen, ins Stadion. Von den Fanklubs erfährt der Verein angeblich „eine breite Unterstützung“. Die

Kommentare in den sozialen Medien zeigen dagegen überwiegend Kritik an dem Verein.

Ein Blick nach Großbritannien, Frankreich oder Italien genügt, um zu sehen, dass sich gegen die Impf-Apartheid massiver Widerstand bildet. Die Kämpfe gegen politische Willkür haben in den vergangenen Jahrhunderten Europa Freiheit und Bildung verschafft. Noch ist der Widerstand nicht so stark, dass die autoritär Regierenden von den Gegnern der Apartheid hinweggefegt werden. In Großbritannien und Italien drangen in den letzten Tagen wütende Verteidiger der Demokratie bis zu den Redaktionen von BBC und La Stampa, eine der bekanntesten und am weitesten verbreiteten italienischen Tageszeitungen, vor. Diese Wut wird sich, wie die Geschichte zeigt, auch nicht durch Waffengewalt niederschlagen lassen.

Die Mitläufer, die wahren „Covidioten“ (Lafontaine), werden die Zerstörung der Demokratie ignorieren. Die Hoffnungen aller Demokraten, den Marsch in ein totalitäres Herrschaftssystem aufzuhalten, beruhen auf den rund 30 Prozent der Bevölkerung, die den Betrug mit der Injektion erkannt haben, und den 40 Prozent, die auf der Suche nach der Wahrheit sind. Es sieht fast so aus, als unterstütze ausgerechnet die Bildzeitung die Kritiker der Corona-Maßnahmen. Mögen ihnen andere große Medien folgen.

Tanja Dorst

Titelbild: [ulleo, pixabay](#)



Werbung

